

Entschließungsantrag

§ 55 GOG-NR

der Abgeordneten Vilimsky, Herbert, Mayerhofer
und weiterer Abgeordneter
betreffend Entlastung und motivationsfördernde Maßnahmen für die Exekutive

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt: Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1910 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2013 (Bundesfinanzgesetz 2013 - BFG 2013) samt Anlagen (1999 d.B.), Untergliederung 11 – Inneres, in der 181. Sitzung des Nationalrates, XXIV. GP, am 14. November 2012

Das Budget des Bundesministeriums für Inneres ist in den letzten Jahren gestiegen. Für das Jahr 2013 sind über 2,5 Milliarden Euro budgetiert. Dennoch kommt es in acht von neun Bundesländern zu Kürzungen bei den budgetierten Belohnungen.

Trotz höherem Budget sinken die Zahlen für die Planstellen des Exekutivdienstes. Waren es im Jahr 2012 noch 27.281 Planstellen für den Exekutivdienst, sind für 2013 nur mehr 26.789 vorgesehen. Somit ergibt sich ein Minus von 492 Planstellen beim Exekutivdienst. Erstaunlich wenn man sich an die Aussage der damaligen Innenministerin Fekter in der Anfragebeantwortung (397/AB, XXIV GP) auf eine Parlamentarische Anfrage der FPÖ erinnert: „In den nächstfolgenden 5 Jahren werden jährlich 1.000 Exekutivbedienstete aufgenommen und in die Grundausbildung übernommen.“ Dem Landespolizeikommando Wien zum Beispiel standen 4.584 Exekutivbeamte, über 700 Exekutivbeamte weniger, als es im Stellenplan vorgesehen, zur Verfügung. Insgesamt werden jedes Jahr im Bereich aller Landespolizeikommanden mehrere Millionen Überstunden geleistet. Die Polizei benötigt daher mehr Personal für die Vorbeugung, Bekämpfung und Aufklärung.

Die Bundesregierung ist gefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Exekutive im Kampf gegen die Kriminalität wirksam agieren kann. Dazu gehören neben der Entlastung von Verwaltungstätigkeiten auch motivationsfördernde Maßnahmen für die Polizei. Das beginnt bei klaren Unterstützungsaussagen durch die Politik im Falle polizeilicher Amtshandlungen, betrifft Belohnungen und endet in der Ausrüstung und in einem Anreiz gebenden, gerechten Besoldungssystem.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

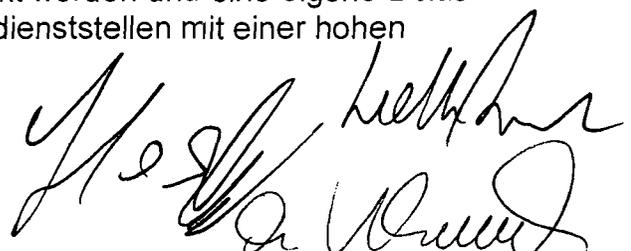
Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Inneres wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass es zu einer Entlastung der durch übermäßige Überstunden-Kommandierungen belasteten Exekutive durch eine Erhöhung der Planstellen des Exekutivdienstes kommt, die für 2013 gekürzten Belohnungen wieder aufgestockt werden und eine eigene Belastungszulage für Exekutivbeamte, welche in Polizeidienststellen mit einer hohen Mehrbelastung eingesetzt sind, geschaffen wird.“

14/12
Herb. Mayerhofer


www.parlament.gv.at


Herb. Mayerhofer